

Mit „Männermodell“ ist Thüringen Schlusslicht

Heftige Auseinandersetzungen zum enttäuschenden neuen Gleichstellungsgesetz

Bevor der Landtag am 14. Februar über das neue Gleichstellungsgesetz entschieden hatte, haben engagierte Frauen – und auch Männer – gegen die „Rolle rückwärts“ der CDU-SPD-Koalition protestiert, unter ihnen zahlreiche Abgeordnete der Linksfraktion sowie Gleichstellungsbeauftragte u.a. aus Erfurt und Weimar sowie Vertreterinnen des Landesfrauenrates und von Frauenverbänden.

Auf besonderes Unverständnis traf die neue Regelung, dass künftig auch Männer in Thüringen das Amt des Gleichstellungsbeauftragten bekleiden können: „Eine Stelle, die sich Frauen erkämpft haben, um ihre Belange in einer von Männern dominierten Gesellschaft zur Beachtung zu bringen“, wie die LINKE Landtagsabgeordnete Karola Stange unterstrich.

Nachdem mit den Stimmen von CDU und SPD – Birgit Pelke hatte sich als einzige SPD-Politikerin dagegen gewandt – verabschiedet worden war, erklärte Karola Stange: „Ich finde es mehr als beschämend, dass mit Hilfe der SPD-Fraktion so rückschrittliche Änderungen für das Thüringer Gleichstellungsgesetz beschlossen wurden. Damit – vor allem auch mit dem ‚Männermodell‘ für Gleichstellungsbeauftragte – ist Thüringen nun Schlusslicht in Deutschland.“

Umso wichtiger sei es, dass die parlamentarischen und vor allem auch die außerparlamentarischen Aktivitäten zu einer wirklichen Modernisierung des Thüringer Gleichstellungsrechts nun umso intensiver fortgesetzt werden.

„Thüringen braucht bessere Arbeitsbedingungen, stärkere Kompetenzen und eine bessere finanzielle Absicherung der Gleichstellungsbeauftragten. Frauenförderung muss tatsächlich wieder stattfinden“, so die Abgeordnete weiter. Wichtig sei auch, den Anwen-

dungsbereich des Gesetzes auszuweiten. Vor allem müsse die Mindestbeschäftigtenzahl für die Schaffung einer solchen Stelle von 50 auf 20 gesenkt werden.

Die Linksfraktion werde weiter für die Umsetzung ihres Gesetzentwurfs kämpfen, der von der Landtagsmehrheit abgelehnt wurde. „Gerade auch unsere Vorschläge für ein Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen Gleichstellungsbestimmungen und die Auf-

lung beider Geschlechter“. Und er könne nicht verstehen, wenn „den Männern die Kompetenz und das Einfühlungsvermögen abgesprochen werden“. Thomas Kemmrich (FDP), noch dazu Vorsitzender des Gleichstellungsausschusses, meinte, dass „Kompetenz vor Geschlecht“ gehe und sprach von einer „Ignoranz der Ansichten des Volkes“ in dieser Frage.

Der von Linksfraktion vorgelegte Gesetzentwurf zur Modernisierung des



nahme von Gesichtspunkten der Frauenförderung bei der Auftragsvergabe ins Vergaberecht haben bei Interessenverbänden und Fachfrauen sehr viel Unterstützung gefunden“, betonte Karola Stange und kündigte an, dass die Fraktion zeitnah ein Treffen mit Verbänden und Interessenvertreterinnen durchführen wird, um das weitere Vorgehen zu diskutieren.

In der Landtagsdebatte waren vor allem die Redner aus der CDU- und der FDP-Fraktion unruhig aufgefallen. Für Henry Worm, sei 2009 gleichstellungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, ist das „Männermodell“ Ausdruck einer „tatsächlichen Gleichstel-

lungsgesetzes, „der hier leider keine Mehrheit findet, entspricht den gesellschaftlichen Herausforderungen“, hatte Astrid Rothe-Beinlich von der Grünen-Fraktion betont.

Birgit Pelke begründete ihre Ablehnung des Gesetzentwurfs der Landesregierung, dass es nicht um eine Anti-Männer-Diskussion gehe, „aber von der tatsächlichen Gleichstellung der Frau sind wir noch meilenweit entfernt, darum geht es“. Sie gab zu bedenken, dass „wir vielleicht zu Früh die Frage der Frauenförderung, wo wir noch eine Menge zu tun haben, zur Frage der Gleichstellung gemacht haben“.

VON A BIS Z:

INDECT

Anlässlich des „Internationalen Aktionstages für Deine Privatsphäre“ am 23. Februar, der sich in Europa hauptsächlich gegen INDECT richtete, sagte Katharina König, netzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE: „Es ist richtig und notwendig, gegen INDECT auf die Straße zu gehen, aber es darf nicht vergessen werden, dass es sich bei dem Forschungsprogramm nur um eines von vielen handelt.“

INDECT ist die Abkürzung für „intelligent information system supporting observation, searching and detection for security of citizens in urban environment“, übersetzt: „Intelligentes Informationssystem zur Unterstützung von Observationen, Suche und Auffindung für die Sicherheit der Bewohner in städtischer Umgebung“.

„Der umfassende Überwachungsgedanke, der hinter den Forschungsansätzen des INDECT-Projektes steht, ist aus demokratischer Sicht nicht vertretbar. Einmal mehr wird damit die Unschuldsvermutung aufgehoben und jeder einzelne als potenziell krimineller behandelt“, betonte die Abgeordnete und kritisierte vor allem, dass in die entwickelten Algorithmen des Projektes offenbar noch immer Komponenten wie die ethnische Herkunft einfließen. „Es geht nicht an, dass wir einen latenten Rassismus auch noch automatisieren und Computern einverleiben, deren größte Stärke eigentlich eine gewisse Neutralität sein soll. Diskriminierung und Vorurteile dürfen Polizeiarbeit nicht ersetzen oder leiten.“

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 20. bis 22. März statt sowie im April vom 24. bis 26. des Monats.

Digitale Demokratie:

„Digitale Demokratie. Zwischen Partizipation und Manipulation“, so der Titel einer Veranstaltung am Donnerstag, den 7. März, (10 bis 16 Uhr, Raum 101, Landtag Erfurt) der Thüringer Landesmedienanstalt in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung. Gäste sind bei diesem Erfahrungsaustausch herzlich willkommen.

Weitere tagesaktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:
www.die-linke-thl.de.

Bienen

„Eine produktive Landwirtschaft ist ohne Bienen und andere Bestäuberinsekten kaum möglich“, erklärte MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright (DIE LINKE). Daher müsse darauf geachtet werden, dass verschiedene Kulturpflanzen mit angebaut würden. In Zeiten, in denen keine Feldfrucht blühe, müsse mit Blüh- und Ackerandstreifen und Hecken für ausreichend Bienennahrung gesorgt werden. Ein großes Problem stellen derzeit aber die Pflanzenschutzgifte dar. „Die Landesregierung sollte unbedingt die Initiative auf EU-Ebene unterstützen, die vorsieht, bienengefährliche Insektizide erst mal für zwei Jahre vom Markt zu nehmen und zu prüfen, ob sich die Bienenvölker dann wieder erholen.“

Windräder

Angesichts des neu aufgeflammten Streits zwischen SPD und CDU, ob Windräder im Wald richtig sind, sagte MdL Tilo Kummer: „Da man sich, anstatt konkrete Vorschläge vorzulegen, nur permanent gegenseitig beschimpft, wird jetzt die LINKE die Initiative ergreifen und mit einem Antrag im Landtag die Landesregierung auffordern, einen Windenergieerlass auszuarbeiten.“ Neun Bundesländer verfügen inzwischen über so einen Erlass als Handlungsleitfaden für örtliche Planungsträger. „Wir möchten, dass in Thüringen Windkraftanlagen auch in Wäldern akzeptiert werden können. Dazu ist es aber wichtig, besonders sensibel mit den Schutzbedürfnissen der Menschen und der Naturräume umzugehen.“

Ringen

Der sportpolitische Sprecher der Linksfraktion, Knut Korschewsky, zur Meldung, dass die Sportart Ringen aus dem Programm der Olympischen Spiele ab dem Jahr 2020 gestrichen werden soll: „Ringen ist eine der ältesten Sportarten der Geschichte und einer der Ausgangspunkte der Olympischen Spiele der Neuzeit. Es ist unverantwortlich, wie sich die Mitglieder des IOC an der Spitze mit ihrem Präsidenten Jacques Rogge verhalten. Scheinbar geht es nicht mehr um sportliche Leistungen, sondern um die Interessen von Konzernen. Wie sonst kann es zu der Aussage kommen, dass unter anderem TV-Quoten darüber entscheiden, welche Sportart olympisch ist und welche nicht.“